

## PRESSEMITTEILUNG

Dortmund, 25. April 2024

### **Stärkung des sozialen Zusammenhalts in Deutschland erfordert umfassende Neuerungen in der Grundschule**

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich in den vergangenen Jahren durch die COVID-19-Pandemie, Migration, Klimawandel, äußere und innere Gewalt sowie soziale Ungleichheit und Spaltung grundlegend geändert, eine systematische Bearbeitung der Herausforderungen ist aus Bildungssystem-sicht unausweichlich. Im Jahresgutachten des Aktionsrat Bildung wird die Stärkung des sozialen Zusammenhalts als Antwort auf diese epochale Wende identifiziert. Der Grundschule kommt als erste formale Bildungsphase und einzigem nicht gegliederten Teil des Bildungssystems eine herausragende Rolle dabei zu, die gesellschaftliche Integrationskraft zu unterstützen, Gemein-sinn aufzubauen und vertrauensvollen Austausch zwischen Menschen verschiedener sozialer Grup-pen zu ermöglichen.

#### ***Identifikation und Ausrichtung auf das Gemeinwohl neben sozialen Beziehungen als Kerndimensio-nen sozialen Zusammenhalts auf Schul- und Systemebene stärken***

Die Grundlagen sozialer Beziehungen – dazu gehören Vertrauen, wechselseitige Toleranz, Partizipation am öffentlichen Leben, Erleben von Zugehörigkeit – können und müssen in der Grundschulzeit ange-legt werden. Neben der grundsätzlichen Förderung sozialer Beziehungen beziehungsweise deren Vo-raussetzungen fordern die Bildungsexpertinnen und Bildungsexperten in dem Gutachten Identifikation durch die Stärkung personaler Identitäten statt der Betonung inkompatibler sozialer Identitäten von Kindern und Gemeinwohlorientierung stärker in den Blick zu nehmen. „Das ist dringend notwendig“, führt Professorin Nele McElvany, Mitglied des Aktionsrat Bildung und Expertin im Bereich der Grund-schule aus, „eine an unserem Institut durchgeführte Studie hat beispielsweise gezeigt, dass bereits im Grundschulalter negative implizite Einstellungen gegenüber Kindern mit türkischem Migrationshinter-grund bestehen“. Das Gutachten schlägt mit Blick auf die Sicherstellung des sozialen Zusammenhalts in einer heterogenen Gesellschaft vor, Lerninhalte fest in die Curricula der Grundschulen zu integrieren, die explizit das tolerante Zusammenleben mit unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen – beispiel-weise nach nationaler Herkunft, Religion, Geschlecht oder geschlechtlicher Orientierung – thematisie-ren und fördern. Gemeinwohlorientierung und soziales Engagement soll im Schulprogramm als kon-kretes Steuerungselement integriert werden.

Wichtig sei es zudem, Identifikation und Ausrichtung auf das Gemeinwohl in den Rahmen- und Lehr-plänen der Länder der Bundesrepublik zu verankern. Darüber hinaus fordern sie eine einheitliche Er-fassung von für die soziale Kohäsion relevanten Daten auf Landes- und Bundesebene sowie eine An-passung der Ressourcenzuweisung, damit Schulen in herausfordernden Lagen Maßnahmen umsetzen können, um für alle Schülergruppen attraktiv bleiben. „Eine Sonderauswertung der IGLU 2021-Daten im Rahmen der Programmreihe [Tuesdays for Education](#) hat gezeigt, dass fast die Hälfte der Viertkläss-lerinnen und Viertklässler Erfahrungen mit physischer Gewalt und über 10 Prozent mit Online-Mobbing gemacht haben. Zudem haben wir einen robusten Zusammenhang festgestellt: je stärker die

Erfahrungen mit dissozialem Verhalten ausgeprägt sind, desto niedriger ist die Lesekompetenz. Handlungsbedarf ist also angezeigt“, betont McElvany, Leiterin der Internationalen Grundschule-Lese-Untersuchung (IGLU). Das Gutachten sieht hier die Grundschulen in der Verantwortung, konsequent gegen Mobbing und Gewaltvorfälle vorzugehen und im Rahmen der Schulentwicklungsarbeit verbindliche Ansätze und feste Abläufe bei Vorkommnissen zu entwickeln sowie bei Bedarf externe Fachkräfte mit einzubeziehen.

### ***Konsequente Sprachförderung und Stärkung der Basiskompetenzen als Grundlage sozialen Zusammenhalts***

Sprache hat als Kernelement von Bildung, Integration und gesellschaftlicher Teilhabe eines Individuums eine herausragende Bedeutung, zugleich setzt sozialer Zusammenhalt eine gemeinsame Sprache voraus. Professorin McElvany sieht hier deshalb dringenden Handlungsbedarf: „Die Befunde der IGLU 2021-Studie zeigen, dass ein Viertel der Grundschulkindern am Ende der vierten Klasse nicht die Mindestkompetenzen im Lesen erreichen, Veränderungen sind dringend notwendig, um allen Kindern gesellschaftliche Teilhabe und sozialen Zusammenhalt in Deutschland auf der Basis einer gemeinsamen Sprache zu ermöglichen.“

Zudem besteht der enge Zusammenhang zwischen familiärer Herkunft und Bildungserfolg nach wie vor. „Um dem begegnen zu können, benötigen wir ein flächendeckendes System der Verknüpfung von Screenings und regelmäßiger individueller Diagnostik mit sich anschließender verbindlicher, gezielter Förderung. Andere Länder haben das bereits umgesetzt und sind damit erfolgreich – das deutsche Schulsystem muss sich hier dringend weiterentwickeln“, erläutert McElvany.

„Besonders wichtig ist“, so McElvany, „dass im Rahmen der Förderung empirisch als wirksam belegte Förderkonzepte eingesetzt werden, was bisher nicht immer der Fall ist. Eine gezielte Aus- und Weiterbildung der Grundschullehrkräfte in den Bereichen der Lese- und Sprachförderung ist hier unabdinglich, die IGLU 2021-Befunde zeigen, dass nur rund die Hälfte der Viertklässlerinnen und Viertklässler in Deutschland von Deutschlehrkräften unterrichtet werden, bei denen die Didaktik des Lesens ein Schwerpunkt im Studium war.“ Zudem birgt den Gutachtenden des Aktionsrats Bildung zufolge auch die Einbeziehung der Familien auf organisatorischer, konzeptioneller und lernbezogener Ebene der Grundschule ein besonders hohes Potential, den sozialen Zusammenhalt zu stärken.

Der Aktionsrat Bildung ist ein Expertengremium renommierter Bildungswissenschaftlerinnen und Bildungswissenschaftler, das sich 2005 auf Initiative der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. konstituiert hat. Das Gutachten „Bildung und sozialer Zusammenhalt“ ist seit dem 24. April 2024 verfügbar unter: <http://www.vbw-aktionsrat-bildung.de/>

***Institutsportrait:*** Das interdisziplinäre Institut für Schulentwicklungsforschung (IFS) an der TU Dortmund ist als Forschungseinrichtung an der Schnittstelle von Wissenschaft, schulischer Praxis und Politik angesiedelt. Die durch fünf Professuren und rund 50 Mitarbeitenden gestalteten Forschungsbereiche des Instituts arbeiten zu aktuellen Themen im Bereich der Empirischen Bildungsforschung mit dem Ziel, schulische Lern- und Entwicklungsprozesse, Schulentwicklung und Bildungsergebnisse im Kontext ihrer individuellen, sozialen und institutionellen Bedingungen zu erfassen, zu erklären und zu optimieren.